

Die Destabilisierung der Atomwaffenkontrolle

Putin-Russlands Krieg gegen die Ukraine geht weiter. Ein Ende ist nicht absehbar. Schon jetzt hat der Krieg über die unmittelbaren Opfer und Zerstörungen in der Ukraine hinaus vier zum Teil miteinander verbundene sehr negative Auswirkungen:

- Das anachronistische Militärbündnis der Nato ist deutlich erstarrt.
- Das internationale Regime zur Kon-

trolle von Atomwaffen wurde auf gefährliche Weise geschwächt.

- Die schon vor dem Krieg sehr geringen Aussichten auf eine verbesserte Handlungsfähigkeit der UNO und die überfällige Reform ihres Sicherheitsrates sind noch schlechter geworden.
- Im Globalen Süden drohen die grösste Ernährungs- und Hungerkatastrophe seit Ende des Kalten Krieges.

/ Andreas Zumach /

Man könnte fast meinen, der russische Präsident Wladimir Putin – bis zum Ende des Kalten Krieges 1989 Statthalter des sowjetischen Geheimdienstes KGB im ostdeutschen Dresden – agiere inzwischen insgeheim als Agent der Nato. Denn was Putin bereits in den ersten drei Monaten seines Krieges erreicht hat, ist gemessen an all seinen scharfen kritischen Äusserungen der letzten Jahre zur Nato und ihrer Osterweiterung völlig kontraproduktiv: Die Nato steht inzwischen so geschlossen da wie in den über 20 Jahren seit ihrem Luftkrieg gegen Serbien im Jahr 1999 nicht mehr.

Die Führungsrolle der USA und ihre Funktion als atomare Schutzmacht der Allianz, die nicht nur in den vier Jahren der Präsidentschaft von Donald Trump bei den europäischen Verbündeten in erhebliche Zweifel geraten waren, sind wieder unhinterfragt. Vergessen ist, dass Frankreichs Präsident Emmanuel Macron die Nato Ende 2019 als «hirntot» kritisiert hatte. Die beiden seit 1945 bewusst neutralen, blockunabhängigen Staaten Finnland und Schweden haben bei der Nato die Mitgliedschaft beantragt. Denn aus der Minderheit in den Bevölkerungen und den politischen Parteien beider Länder, die auch schon früher einen Beitritt ihres Landes zu der Militärallianz befürworteten, wurde seit Beginn des Ukrainekrieges am 24. Februar 2022 eine Mehrheit. Der Beitritt wird noch im Laufe dieses Jahres erfolgen.

Schweiz: Noch enger an die Nato?

Auch in der historisch noch stärker als Finnland und Schweden auf ihre Neutralität bedachten Schweiz mehrten sich die Stimmen, die die bereits seit den 1950er-Jahren bestehenden «inoffiziellen» und «informellen» Kontakte, Absprachen und Kooperationen mit der Nato beziehungsweise mit einzelnen Nato-Staaten jetzt intensivieren wollen. Verteidigungsministerin Viola Amherd verhandelte in der ersten Maihälfte bei einem Besuch in den USA mit ihrer dortigen Amtskollegin Kathleen Hicks über etwaige «Möglichkeiten einer noch engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit».



Andreas Zumach ist UNO-Korrespondent verschiedener Zeitungen und regelmässiger Autor der FRIEDENSZEITUNG. Er lebt in Berlin.

Nach ihrer Rückkehr aus Washington stellte Amherd zudem eine intensivere Kooperation der Schweiz mit der Nato in Aussicht. Man strebe «neue Formen der Zusammenarbeit» an; dazu lasse die eidgenössische Neutralität immer noch «einen gewissen Handlungsspielraum». Berichten zufolge sind zum Beispiel regelmässige Treffen nicht nur von PolitikerInnen, sondern auch von militärischen Befehlshabern beider Seiten im Gespräch. Ein offizieller Bericht, der konkrete Optionen für die verstärkte Zusammenarbeit vorschlägt, soll bis Ende September vorgelegt werden.

Vom «Hirntod» zum «stärksten Verteidigungsbündnis der Weltgeschichte»

Lediglich ein formeller Beitritt der Schweiz zur Nato gilt als mit der Neutralität unvereinbar und daher – zumindest vorläufig – als ausgeschlossen. Bevölkerungsumfragen zeigen, dass der Ukrainekrieg sowie die Berichterstattung über ihn – ähnlich wie in Finnland und in Schweden – die Zustimmung zu einer engeren Kooperation mit der Nato von einem langfristigen Durchschnitt von 37 Prozent auf jetzt 56 Prozent in die Höhe schnellen liessen. Sogar ein Nato-Beitritt, den vor Beginn des Ukrainekrieges nur 21 Prozent befürworteten, würde nach diesen Umfragen von 33 Prozent der Schweizer Bevölkerung gebilligt.

US-Präsident Joe Biden erklärte Mitte Mai in Washington bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Schwedens Regierungschefin Magdalena Andersson und dem finnischen Präsidenten Sauli Niinistö, der von ihm «mit Stolz unterstützte Beitritt» der beiden skandinavischen Länder zur Nato werde das «stärkste und mächtigste Verteidigungsbündnis der Weltgeschichte noch weiter stärken».

Schwächung der UNO

Zugleich wird dieser Beitritt aber auch die UNO schwächen. Denn die neutralen blockunabhängigen Staaten Schweden und Finnland gehörten bislang zu



den politisch profiliertesten und finanziell engagiertesten Mitgliedern der UNO. Sowohl im Bereich der humanitären Hilfe und bei der Unterstützung des UNO-Hochkommissariats, bei den Abrüstungs- und den Rüstungskontrollverhandlungen wie auch mit ihrer Beteiligung an UNO-Blauhelmeinsätzen. Schweden sowie, in etwas geringerem Masse, Finnland sind auch die einzigen UNO-Staaten, die die Resolution 1325 des Sicherheitsrates vom Oktober 2000 zu «Frauen, Frieden und Sicherheit» sowohl in ihren eigenen Streitkräften wie auch bei ihrem Handeln im Rahmen von UNO-Missionen zumindest weitgehend umgesetzt haben.

Wesentliche Elemente dieser Resolution sind der besondere Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten sowie die Stärkung der Teilhabe von Frauen an politischen Prozessen und Institutionen bei der Bewältigung und Verhütung von Konflikten. Frauen sind dabei nicht nur Opfer, sondern sie übernehmen die Rolle aktiver Akteurinnen in friedensschaffenden Prozessen der Nachkriegsgesellschaften. Es besteht die Gefahr, dass dieses unabhängige und eigenständige Profil Finnlands und Schwedens nach ihrer Einbindung in die

Nato immer mehr abgeschliffen wird und dass die beiden Staaten in ihrem Handeln und bei ihren künftigen Beiträgen zu UNO-Missionen unter den Druck der Bündnistreue und der militärischen Logik der Nato geraten.

Schwächung der Blauhelmschiffe

Damit dürften auch die Stimmen noch schwächer werden, die bislang dafür plädieren, dass die UNO endlich eine eigene ständige Blauhelmschiff oder zumindest robuste Polizeiverbände erhält, um eventuell notwendige Einsätze zur Verhinderung / Beendigung von Völkermord und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen oder zur Bewahrung / Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit auch eigenständig durchführen zu können.

Denn nur eine solche UNO-Truppe, deren Einsätze am besten nicht vom Sicherheitsrat beschlossen würden, sondern von einer qualifizierten Mehrheit der Generalversammlung, hätte dann auch die erforderliche internationale Legitimität. Doch statt dieser seit Langem überfälligen Massnahme zur UNO-Reform wird die – angeblich alternative – Rolle der Nato und ihr Image als einziger handlungsfähiger militärischer

Akteur, auf den die UNO im Bedarfsfall angewiesen sei, weiter befestigt.

UNO-Sicherheitsrat: völlig unzureichendes Reförmchen

Auch die notwendigen Reformen des Sicherheitsrates, die seit Langem von einer sehr grossen Mehrheit der 193 Mitgliedsländer gefordert werden, ist infolge von Putin-Russlands Ukraine-krieg in noch weitere Ferne gerückt. Zwar gelang Ende April ein kleines Reförmchen: Die Generalversammlung verabschiedete unter dem Eindruck des Vetos, mit dem die Regierung Putin am 24. Februar im Sicherheitsrat die Verurteilung ihres Überfalls auf die Ukraine verhindert hatte, einen bereits vor zwei Jahren von Liechtenstein eingebrachten Vorschlag zur Schaffung von mehr Transparenz. Nach diesem Vorschlag sollen die fünf ständigen Ratsmitglieder künftig ein von ihnen eingelegtes Veto innerhalb von zehn Tagen vor der Generalversammlung öffentlich erklären. Diese hätte dann die Möglichkeit, über das Veto zu debattieren sowie eventuell eine zu diesem Veto konträre Resolution zu verabschieden.

Fortsetzung Seite 8

Die Schweiz und 82 weitere Staaten unterstützten den Resolutionsentwurf Liechtensteins, darunter auch die USA. Von Frankreich und Grossbritannien kam keine offizielle Unterstützung, aber auch kein Widerspruch. Russland und China hielten sich bedeckt. Wie diese vier ständigen Mitglieder abgestimmt hätten, blieb schliesslich offen. Denn angesichts der grossen Zahl von insgesamt 84 Einbringern des Resolutionsentwurfs wurde dieser nur per Akklamation, ohne formale, namentliche Abstimmung, verabschiedet. Ohnehin ist die Resolution – wie alle Resolutionen der Generalversammlung – unverbindlich, sodass sich die fünf ständigen Vetomächte im Ernstfall nicht daran halten müssen.

Neue UNO-Regelung erfolgreicher?

Kommt hinzu, dass diese neue Regelung nur greift, wenn tatsächlich bei einer formalen Abstimmung im Sicherheitsrat ein Resolutionsentwurf per Veto verhindert wurde. Hätte diese Regel schon in den letzten Jahren bestanden, wäre in in erster Linie Russland unter Erklärungsdruck vor der Generalversammlung geraten – allein schon wegen der sieben Vetos gegen Resolutionsentwürfe zum Syrienkonflikt seit 2012. Die – im Ergebnis ebenso «erfolgreiche» – Praxis der USA war es bislang eher, bereits bei den informellen Sondierungen unter den Ratsmitgliedern über eine etwaige Resolution durch die Androhung eines Vetos zu verhindern, dass es überhaupt zu einer formalen Abstimmung im Sicherheitsrat kommt.

Aber in der Substanz hat die von Liechtenstein initiierte neue Transparenzregel die ungerechten und historisch überholten Machtverhältnisse innerhalb der UNO und insbesondere im Sicherheitsrat nicht verändert. Gut möglich allerdings, dass diese neue Regel in den kommenden Jahren häufiger zur Anwendung kommt. Denn infolge des Ukrainekrieges – wie auch immer er militärisch ausgeht – wird sich die Konfrontation der letzten Jahre zwischen Russland und den drei westlichen Vetomächten und Nato-Mitgliedern USA, Frankreich und Grossbritannien kurz- und mittelfristig noch verschärfen und damit auch die Blockade des obersten UNO-Gremiums.

Die neue Rolle Chinas in der UNO

Wie sich China in dieser Konstellation künftig verhalten wird, ist zwar noch offen. Und darüber wird auch in Peking

noch beraten. Infolge des Ukrainekrieges ist die Wahrscheinlichkeit, dass es im Sicherheitsrat auf längere Sicht bei einer Frontstellung zwischen den drei westlichen Vetomächten und einem Bündnis zwischen Russland und China bleibt, jedoch gestiegen. Selbst wenn die Interessen Chinas an guten Beziehungen zu den wichtigsten Handelspartnern und Absatzmärkten USA und EU dem entgegenstehen sollten.

Die Befürworter der Konfrontation in Peking werden wiederum bestärkt durch die Bestrebungen der Biden-Administration, nicht nur die europäischen Nato-Partner für ein gemeinsames Vorgehen gegen China zu gewinnen, sondern auch grosse Staaten des asiatisch-pazifischen Raums (Indien, Japan, Australien, Südkorea, Indonesien u.a.) in ein antichinesisches Bündnis einzubinden und durch Assoziationsabkommen mit der Nato zu verbinden. Bestrebungen, die bei Präsident Bidens erster Asienreise Mitte Mai im Vordergrund standen. Und die Stimmen, die in Washington bislang dafür plädiert hatten, Russland als Bündnispartner gegen den globalen Hauptrivalen China zu gewinnen statt auf die Spaltung zwischen Russland und der EU zu setzen, sind durch den Ukrainekrieg zunächst einmal völlig in die Defensive geraten.

Destabilisierung der Atomwaffenkontrolle

Der Krieg könnte auch dazu führen, dass der letzte Konsens, der zwischen den fünf ständigen Mächten des Sicherheitsrates (P5) bislang noch herrschte, zerbröckelt. Bei dem Versuch, die weitere Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern, zogen die P5 in den letzten 50 Jahren seit Verabschiedung des Vertrages zur Nichtverbreitung von Atomwaffen (Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, NPT) immer am selben Ende des selben Stricks. Das galt zuletzt sowohl für die Verhandlungen mit Teheran zur Rettung des Abkommens über das iranische Nuklearprogramm wie für das Handeln gegenüber den Atomwaffenbestrebungen Nordkoreas.

Und auch gegenüber den «restlichen» 184 Vertragsstaaten des NPT verteidigten die fünf offiziellen Atomwaffenmächte ihr fragwürdiges Privileg und ihren Unwillen zur – im NPT zugesagten – Abrüstung ihrer Arsenale stets geschlossen. Einig waren sich die P5 auch in der Ablehnung des UNO-Abkommens zum Verbot von Atomwaffen,

das die Generalversammlung 2017 beschlossen hatte.

Iran: gemeinsame Front bröckelt

Doch die gemeinsame Front könnte jetzt bröckeln. Einige Beobachter der Verhandlungen mit Iran befürchten, dass die Regierung Putin aus der gemeinsamen Haltung gegenüber Teheran ausscheren könnte – und sei es zunächst auch nur aus «sachfremden» Gründen: Bereits im März hatte Russlands Ausserminister Sergey Lavrow bei den Verhandlungen in Wien Ausnahmeregelungen gefordert für die von den USA und der EU nach dem Überfall auf die Ukraine verhängten Wirtschaftssanktionen, damit diese nicht den Handel zwischen Russland und Iran behindern.

Möglich ist auch, dass die iranische Regierung das Interesse an der Wiederbelebung des Nuklearabkommens und der damit verbundenen Aufhebung der US-Sanktionen gegen Iran verlieren könnte. Denn aufgrund der deutlich gestiegenen Weltmarktpreise für Öl und Gas verdient Iran inzwischen vor allem durch die gesteigerten Exporte nach China wieder sehr viel Geld aus dem Verkauf fossiler Energien. Auch Russland hat ein Interesse daran, dass die Weltmarktpreise für Öl und Gas möglichst hoch bleiben. Sollte das Iran-Abkommen endgültig scheitern, ist ein militärisches Vorgehen der USA, Israels und Saudi Arabiens gegen Iran ebenso zu befürchten wie ein Rüstungswettlauf mit Massenvernichtungswaffen im Nahen und Mittleren Osten unter Beteiligung von Ländern wie Saudi Arabien, Türkei, Ägypten, Israel und Iran.

Nicht die erste Atomwaffendrohung

Doch selbst wenn dieses Szenario nicht eintritt und die P5 mit Blick auf Iran und auch auf Nordkorea bei ihrer bisherigen gemeinsamen Linie bleiben sollten: Der Ukrainekrieg – auch wenn er nicht, wie manche befürchten, nuklear eskaliert – beeinflusst und verändert die Wahrnehmung von Atomwaffen in einer Weise, die im Ergebnis wahrscheinlich zu grösseren Instabilitäten und Risiken führen werden. Zum Einen hat die Regierung Putin ziemlich unverhohlen mit dem Einsatz atomarer Waffen gedroht. Anders als in zahlreichen Politikeräusserungen und Medienberichten behauptet wird, ist das zwar keineswegs das erste Mal, dass eines der fünf ständigen Mitgliedsstaaten des UNO-Sicherheitsrates eine derartige Drohung ausspricht.



Vor ihrem völkerrechtlichen Krieg der USA gegen Irak im Frühjahr 2003 drohten sowohl Präsident George Bush wie Pentagonchef Donald Rumsfeld dem irakischen Diktator Saddam Hussein öffentlich mit dem Einsatz von Atomwaffen. Und zwar nicht nur für den Fall, dass Hussein seinerseits die von Washington damals zur Kriegsrechtfertigung behaupteten, aber gar nicht existenten irakischen Massenvernichtungswaffen einsetzt.

Rumsfeld drohte auch ausdrücklich den Einsatz von US-Atomwaffen zur Zerstörung unterirdischer Bunker im Irak an. Der am Krieg beteiligte britische Premierminister Tony Blair machte sich diese Drohungen der Bush-Administration zu eigen. Und im Irakkrieg vom Frühjahr 1991 liess die damalige Administration von Georg Bush senior Saddam Hussein nicht-öffentlich wissen, dass auf den US-Kriegsschiffen im Persischen Golf Atomwaffen stationiert seien. Schliesslich drohte US-Präsident Donald Trump im September 2016 in

seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung in New York Nordkorea mit dem «atomaren Feuertod».

Atomwaffen sind kein Instrument der Abschreckung mehr

Putins aktuelle Drohung hat allerdings weitreichendere Folgen:

Erstens: Nach dem Ende des Kalten Krieges hatte die Sowjetunion und dann auch Russland auf die bis dato in der Nuklearstrategie enthaltene Optionen verzichtet, in einem bewaffneten Konflikt als Erster Atomwaffen einzusetzen sowie Atomwaffen gegen ein nicht-atomares Land einzusetzen. Die Nuklearstrategie der Nato hingegen sieht diese beiden Optionen bis heute vor. Mit seiner Drohung zum Atomwaffeneinsatz – sei es mit «strategischen Streitkräften» gegen die USA oder mit taktischen Atomwaffen gegen Ziele in der Ukraine – hat Putin Moskaus Verzichtserklärungen praktisch obsolet gemacht.

Zweitens: Putin kann seinen konventionellen Krieg gegen die Ukraine

nur deshalb weiterführen, weil er mit dem Atomwaffeneinsatz droht. Damit verhindert er jegliches direkte, über Waffenlieferungen an die Ukraine hinausgehende Eingreifen der Nato oder anderer dritter Staaten – und sei es auch nur die Schaffung einer Flugverbotszone. Die Nato müsste bei einem Eingreifen nicht nur den Einsatz russischer Atomwaffen befürchten, sondern sie weiss, dass sie dann auch selber schnell unter den Eskalationsdruck ihrer eigenen Militärstrategie zum Einsatz von Atomwaffen geraten würde.

Im Gegensatz zu allen offiziellen sicherheitspolitischen Doktrinen zeigt dieser Krieg also, dass Atomwaffen kein funktionierendes Instrument zur Abschreckung von Kriegen sind, sondern dass sie fortgesetzte Führung eines konventionellen Angriffskrieges erst ermöglichen. Die Atomwaffen Russlands sind im Ukrainekrieg also indirekte Kriegsführungswaffen, die Atomwaffen

Fortsetzung Seite 10

der Nato jedoch untaugliche Instrumente zur Verhinderung oder Beendigung des Krieges. Damit ist dieser Krieg ein schlagendes Instrument für die Forderung nach weltweiter Abschaffung von Atomwaffen und dem Beitritt zu dem UNO-Verbotsabkommen.

Modernisierung statt Abschaffung

Drittens: Tatsächlich geschieht jedoch das genaue Gegenteil. Die USA und ihre Nato-Verbündeten instrumentalisieren den Ukrainekrieg zur Bekräftigung ihrer Atomwaffenpolitik und zur beschleunigten Durchführung der «Modernisierung» und Aufrüstung ihrer atomaren Potenziale. Deutlichstes Beispiel hierfür ist Deutschland, wo alle noch vor dem Krieg geführten kritischen Diskussionen zur sogenannten «nuklearen Teilhabe» des Landes verstummt sind. Stattdessen wird die Beschaffung neuer US-Kampfflugzeuge für die Bundesluftwaffe zum künftigen Einsatz der in Büchel stationierten und derweil modernisierten US-Atombomben jetzt im Eiltempo und mit Sonderhaushaltsmitteln durchgezogen.

Auch auf russischer Seite geht die «Modernisierung» und Aufrüstung der atomaren Waffenarsenale weiter. Die von Putin Anfang 2018 angekündigte und inzwischen in ersten Exemplaren an die russische Luftwaffe ausgelieferten Hyperschallraketen vom Typ Kinschal (Dolch) können laut einer Mitteilung des Militärministeriums in Moskau auch mit Atomsprengköpfen bestückt werden. Sie sollen nach ihrem Abschuss von einem MIG-31-Kampfflugzeug mit 12'350 Stundenkilometern die sechsfache Schallgeschwindigkeit erreichen und Ziele in bis zu 2000 Kilometer Entfernung zerstören können mit einer Zielungenauigkeit von maximal einem Meter.

Zudem sind sie sehr manövrierfähig, können ihren Kurs noch im Flug verändern und damit auch mobile Ziele treffen. Seit Beginn des Krieges hat Russland bis Mitte Mai nach eigener Darstellung bereits mehrfach (nach Angaben des Pentagon «zehn bis zwölf Mal») mit konventionellen Sprengköpfen bestückte «Kinschal»-Raketen eingesetzt. Zumeist gegen ukrainische Militäranlagen und unterirdische Bunker.

Hyperschallraketen destabilisieren

Offensichtlich in Reaktion auf diese Einsätze gab das Kommando der US-amerikanischen Luftwaffe am 17. Mai

den «erfolgreichen Test» einer neu entwickelten US-amerikanischen Hyperschallrakete vor der kalifornischen Küste bekannt. Auch diese Rakete mit der Typenbezeichnung AGM-183A Rapid Response Weapon (ARRW) kann mit Atomsprengköpfen bestückt werden. «Wir tun alles, was wir können, um diese bahnbrechende Waffe so schnell wie möglich für den Kampfeinsatz bereitzustellen», teilte das Luftwaffenkommando mit.

Die neue Hyperschallrakete erweitere die Fähigkeiten der US-Streitkräfte für Präzisionsschläge. Mit dem erfolgreichen Test habe die US-Luftwaffe «Geschichte gemacht». Durch die Ausrüstung der russischen und der US-amerikanischen Luftstreitkräfte mit Hyperschallraketen, die aufgrund ihrer technischen Fähigkeiten die Vorwarnzeiten für den Gegner und seine Möglichkeit zur Abwehr gegen Null reduzieren, wird das System der gegenseitigen Abschreckung auf gefährliche Weise destabilisiert.

Schwächung der atomaren Nonproliferation

Viertens: Putin-Russlands Krieg gegen die Ukraine schwächt die politische Bindekraft des NPT ebenso wie der US-amerikanisch/britische Krieg gegen Irak im Jahr 2003. «Hätte Saddam Hussein tatsächlich atomare Massenvernichtungswaffen gehabt, wie ihm von Washington und London zu Unrecht vorgeworfen wurde, dann wäre der Irak nicht angegriffen und er nicht gestürzt worden.» Diese Schlussfolgerung wurde damals in vielen Hauptstädten vor allem im Globalen Süden aus dem Irakkrieg gezogen, aber auch in so manchen friedens- und sicherheitspolitischen Debatten in westlichen Ländern.

Damit wurden Zweifel genährt am NPT und die Meinung befördert, die Beschaffung von Atomwaffen sei die einzig verlässliche Versicherung für ein Land gegen einen Angriff von aussen. Derselbe Effekt ist auch infolge des Ukrainekrieges zu beobachten. Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski leistet diesen Zweifeln und Meinungen Vorschub mit seiner Behauptung, die Ukraine wäre nicht angegriffen worden, wenn sie sich 1994 nicht auf das jetzt von Russland verletzte Budapester Memorandum eingelassen hätte.

Die Ukraine hatte nie eine atomare Abschreckungskapazität

Doch diese auch von vielen westlichen

PolitikerInnen und Medien verbreitete Behauptung ist eine Legende. Richtig ist: Mit dem Budapester Memorandum verzichtete die Ukraine (ebenso wie Belarus und Kasachstan) im Gegenzug zu Garantien Russlands, der USA und Grossbritanniens für ihre staatliche Souveränität und die Sicherheit ihrer Grenzen zwar auf die Atomwaffen, die noch aus Zeiten der Sowjetunion auf ihrem Territorium lagerten. Doch die operative Kontrolle und Verfügungsgewalt zum Einsatz dieser Atomwaffen (auch jener auf den Territorien von Belarus und Kasachstan) lag immer in Moskau.

Die Ukraine hatte niemals eine atomare Abschreckungskapazität, auf die sie mit dem Budapester Memorandum verzichtet hätte und die sie ohne diesen Verzicht heute vor dem Überfall Russlands bewahrt hätte. Im Übrigen war das vorrangige Interesse der Regierungen in Washington, London und Moskau an der Vereinbarung des Budapester Memorandums nicht, drei neue Atomwaffenstaaten zu verhindern, sondern die Sorge, die Sprengköpfe oder atomares Spaltmaterial könnten aus den drei ex-sowjetischen Republiken in Drittländer gelangen oder in die Hände von Terroristen oder anderer nicht-staatlicher Gewaltakteure.

Globale Hungerkrise droht

Über die beschriebenen schädlichen Auswirkungen von Putin-Russlands Krieg gegen die Ukraine hinaus wird dieser Krieg möglicherweise im Globalen Süden zu einer der grössten Ernährungskrisen und Hungerkatastrophen mindestens seit Ende des Kalten Krieges. Mit Opfern, die anzahlmässig jene in der Ukraine durch den russischen Angriff unmittelbar getöteten und verwundeten Zivilisten und Soldaten weit übertreffen könnte.

Schon jetzt ist absehbar, dass Staaten wie zum Beispiel Ägypten, deren Versorgung mit Weizen zu über zwei Drittel von Importen aus der Ukraine abhängig sind, wegen der russischen Blockade der ukrainischen Häfen am Asowschen Meer spätestens ab Herbst dieses Jahres grosse Teile der eigenen Bevölkerung nicht mehr ernähren könnten. Es drohen noch grössere humanitäre Katastrophen als in den letzten Jahren in Syrien und im Jemen. Entsprechend gross wird die Herausforderung für die UNO, ihre humanitären Unterorganisationen und vor allem für die wohlhabenderen unter den 193 Mitgliedsstaaten sein, diese Katastrophe zumindest abzumildern.